Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 13 (1973)

Artikel: Sozialisations- und Karrieremuster von Basler und New Yorker Parlamentariern

Autor: Pieth, Reto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-171846

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SOZIALISATIONS- UND KARRIEREMUSTER VON BASLER UND NEW YORKER PARLAMENTARIERN

von Reto Pieth
Dr. phil., Ennetbaden

I. Einleitung

Wie erreichen politische Entscheidungsträger ihre Stellungen? Weist dieser Vorgang eine gewisse Regelmässigkeit auf? Gibt es eine „typische" politische Karriere, das heisst ein bestimmtes Muster eines beständig wachsenden politischen Einsatzes, anfangend mit einem frühen Interesse an der Politik, einer frühen und starken Sozialisation durch eine politisch aktive Familie, einer „Lehrlingstätigkeit" in einer lokalen Parteiorganisation, und dann über verschiedene Etappen wachsender politischer Beteiligung auf der lokalen und kantonalen Ebene schliesslich zum Höhepunkt eines politischen Amtes auf dem nationalen Gipfel führend?

Obschon diesbezüglich viele Fragen gestellt worden sind, besitzen wir viel weniger verlässliche, in verschiedenen politischen Kontexten bestätigte Antworten. Und noch schlimmer als um die empirischen Daten ist es um die theoretischen Konstruktionen oder begrifflichen Systeme bestellt, die die verstreuten Informationen über politische Karrieren integrieren könnten. Samuel Patterson führte aus: „Adequate models of political mobility have not been developed; sufficient theorizing and testing of propositions about the nexus between politician-attributes, career aspirations, and political experiences on the one hand, and policy-making, or representative, behavior on the other, have not been done."[1]

Der schwerwiegendste Mangel der meisten Versuche, die politischen Karrieren verschiedener Entscheidungsträger (und auch deren soziales Milieu) zu beschreiben, ist ihre theoretische Isolation. Die Kenntnis des Prozesses der politischen „Verwicklung" öffentlicher Entscheidungsträger an sich ist nur von geringem Interesse oder Wert, es sei denn, man könne diesen Prozess zur gewählten Rolle dieser Entscheidungsträger, zu deren Verhalten, zu Entscheidungen und zu deren politischen Ergebnissen in Beziehung setzen. Wir wollen wissen, welche Arten von Milieus und Karrieren mit welchen Rollenkonzeptionen, und welche Rollenvorstellungen mit welchen „Darbietungen" und Handlungen verbunden sind, die ihrerseits welche politischen Ergebnisse und Gesamtleistungen einer politischen Institution, wie etwa eines Parlamentes, erklären. Die Daten über Milieu und Karrieren von Gesetzgebern sollten für die legislative Theorie nützlich sein. Doch bisher hat noch niemand die Verbindung zwischen Daten und Theorie mittels

1 Samuel C. Patterson, Besprechung von Leonard Ruchelmann. Political Careers: Recruitment through the Legislature, *American Political Science Review*, Bd. 65 (1971), S. 218.

eines umfassenden begrifflichen Gefüges hergestellt, in das Karrieredaten eingepasst und durch das sie interpretiert und zu anderen Variablen in Beziehung gesetzt werden könnten.[2]

Es erscheint nicht einmal eine adequate und allgemein akzeptierte Begriffsbestimmung der „politischen Karriere" zu geben. Meint man damit die verschiedenen „Örtlichkeiten" und Ebenen politischer Mitwirkung in einem politischen System, sozusagen die verschiedenen Sprossen der politischen Leiter, die ein politischer Aspirant nacheinander erklettern *muss?* Haben deshalb die Inhaber der gleichen politischen Position ungefähr den gleichen Weg dorthin zurückgelegt? Diese Konzeption der politischen Karriere scheint von einem theoretischen Standpunkt aus nicht nützlich und auch auf der Grundlage empirischer Daten nicht akkurat zu sein. Politische Karrieren folgen nicht notwendigerweise „a regular series of steps from lower to higher positions."[3] Es wäre vielleicht nützlicher, sich unter einer politischen Karriere eine Reihe von Gelegenheiten vorzustellen, die ein politisches System bereitstellt, die aber nicht in einer festgesetzten Reihenfolge benützt werden müssen und von denen einige ganz ausgelassen werden können. Der Begriff der Leiter spielt auch hier mit, aber ein Politiker muss nicht unbedingt bei der untersten Sprosse anfangen, sondern kann die Leiter an jeder beliebigen Sprosse betreten. Jewell und Patterson hatten dieses Konzept im Sinn, als sie schrieben: „Political career patterns exhibit some of the characteristics of an escalator, in that a political career can be entered at various points in a chain of interrelated political statuses. For some legislators, service in a legislative body is an entrée into politics, for other it is an intermediate status, and for still others it is terminal." [4]

Dieses Konzept der politischen Karriere, obschon noch immer unscharf, ist gewiss nützlicher, denn es kann verfeinert werden, indem man es durch testbare Hypothesen mit hervorstechenden Merkmalen eines politischen Systems in Beziehung setzt, wie z. B. dem Parteien- und Wahlsystem, den vertikalen politischen Strukturen, der Möglichkeit zur Ämterverschränkung und anderen strukturellen, sozialen und kulturellen Bedingungen eines politischen Systems. Man könnte dann prüfbare Sätze aufstellen über die Beziehungen zwischen bestimmten Arten von politischen Karrieren und den strukturellen, sozialen und kulturellen Merkmalen eines bestimmten politischen Systems. Dies würde auch Mikro- und Makroanalyse politischer Karrieren verbinden, d. h. Karrieren als subjektive Erfahrungen politischer Amtsinhaber und die Verteilung solcher Karrieren in einer Gruppe bestimmter Amtsinhaber in einem oder mehreren politischen Systemen.

2 Für einen Versuch, solch ein Begriffssystem zu entwickeln, und mit einigen empirischen Daten zu illustrieren, siehe Allan Fiellin, „Recruitment and Legislative Role Conceptions: A Conceptual Scheme and a Case Study", *Western Political Quarterly,* Bd. 20 (1967), S. 271–287.

3 John C. Wahlke/Heinz Eulau/William Buchanan/Leroy C. Ferguson, *The Legislative System,* New York 1962, S. 73.

4 Malcolm E. Jewell/Samuel C. Patterson, *The Legislative Process in the United States,* New York 1966, S. 114.

Die folgende Untersuchung kann natürlich keine solchen Sätze über den Zusammenhang zwischen politischen Karrieremustern und den wichtigsten Merkmalen politischer Systeme aufstellen. Dies müsste auf einer viel breiteren empirischen und vergleichenden Grundlage erfolgen. Doch kann sie vielleicht einige Anregungen machen, die in späteren Untersuchungen, die z. B. systematisch die Karrieremuster zwischen Systemen mit Einerwahlkreisen mit einfacher Mehrheit und zwei Parteien und Systemen mit Verhältniswahlrecht, Listen und mehreren Parteien vergleichen würden, als prüfbare Hypothesen dienen könnten.

Die vorliegende Arbeit vergleicht die politischen Karrieren einer Gruppe von Angehörigen der „New York State Assembly" mit jenen einer Gruppe von Mitgliedern des Basler Grossen Rates.[5] Trotz der vorhin erwähnten theoretischen Dürftigkeit von Milieu- und Karrierestudien, sind soziales Milieu und bisherige Karriere eines Parlamentariers unzweifelhaft von Bedeutung für dessen Verhalten. Milieu und bisherige Erfahrungen beeinflussen die Erwartungen und die Ressourcen, die ein Gesetzgeber mit sich bringt, wenn er der Legislative beitritt. Sie werden notwendigerweise dessen Rollenvorstellungen formen. Die Stärke ihrer Einwirkung wird mit der Stärke anderer Rollenerwartungen variieren, der der neue Parlamentarier in der legislativen Arena begegnet, wie z. B. den formellen und informellen Normen der Legislative, den Ansprüchen von Parteiführern, Interessengruppen, usw. Davidson führte aus: „The background and career attributes of members . . . have relevance to the roles members assume in performing their legislative tasks. Such attributes, of course, do not by themselves create the roles assumed by the legislators . . . (W)haveter the impact on the *content* of roles articuled by members, these background variables affect the over-all *dimensions* and characteristics of the role patterns."[6]

Demgemäss könnten Milieu und bisherige Karriere der Mitglieder einer Legislative das Ausmass der Homogenität beeinflussen, die darin herrscht, d. h. den Streubereich artikulierter Rollen. Dies könnte einen bedeutsamen Einfluss haben auf die Einsatzfähigkeit, Kohäsion und Wirksamkeit einer Legislative, auf deren

5 Die vorliegende Arbeit ist Teil einer grösseren Untersuchung auf englisch, in der die Rollenkonzeptionen der Basler Grossräte und der New Yorker Assemblymen verglichen wurden. Der hier wiedergegebene Teil wurde gegenüber der englischen Version um einiges gekürzt, vor allem wurden einige statistische Manipulationen, die meisten Zitate der Parlamentarier und eingehende Vergleiche der Resultate von New York mit denjenigen aus ähnlichen Untersuchungen über andere amerikanische Parlamente weggelassen. Die Befragung der Abgeordneten wurde vom Verfasser anhand eines detaillierten Fragebogens mit zumeist offenen Fragen im April und Mai 1970 in Basel und im Mai und Juni 1970 in New York durchgeführt. Die Assembly umfasst 150 Abgeordnete, von denen durch ein „stratified random sample" 43 zur Befragung ausgewählt wurden, gegenüber 39 Grossräten aus einer Gesamtmitgliedschaft des Grossen Rates von 130. Für eine Beschreibung der beiden Parlamente, der beiden politischen Systeme und des Interviewablaufs, siehe Reto A. Pieth, *A Comparative Study of State Legislators' Role Cognitions in New York and Basel,* unpublished dissertation, Syracuse University, 1972, Kapitel 1. Hier sei nur noch darauf verwiesen, dass die New Yorker Assembly offiziell kein Berufsparlament ist, obschon seit einer kürzlichen Reorganisation die Tendenzen in dieser Richtung verstärkt worden sind.

6 Roger H. Davidson, *The Role of the Congressman,* New York 1969, S. 69–70.

Fähigkeit, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen. Es könnte deren Arbeitsnormen berühren, z. B. die Neigung der Parlamentarier zu Verhandlungen und Kompromissen untereinander im Gegensatz zu einem Hang für dogmatische Halsstarrigkeit und Unbeweglichkeit. Letzlich muss man natürlich Sozialisation, politische Rekrutierung und Karriere eines Gesetzgebers als eine zusammenhängende Gruppe von Faktoren betrachten, die legislative Rollenvorstellungen und -darbietungen und legislativen „Ausstoss" gestalten. Wie Fiellin am Schluss einer einfallsreichen Studie schrieb: „It will prove more useful to view decisions in legislatures as the end results of a process consisting of several stages rather than as the direct result of certain pressures . . . (with the result that) it may be possible to refine our propositions by specifying what sources of influence affect what types of Congressmen under what conditions."[7]

II. Sozialisation

Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt beklagte sich Heinz Eulau, „we know next to nothing about political socialization."[8] Zehn Jahre später, nach einer Dekade wachsender Forschung über politische Sozialisation, warnten Dawson und Prewitt, die diese Forschungsergebnisse durchsichteten und zusammenfassten, dass „systematic investigation is recent, almost too recent to merit an effort at synthesis."[9] Die Funde über die verschiedenen Aspekte der politischen Sozialisation divergierten beträchtlich und blieben weitgehend ohne Beseiskraft [10], so dass sich Dawson und Prewitt zur Warnung veranlasst sahen: „The conclusions we draw rest on a base constructed of fragile data." [11]

Übereinstimmung scheint jedoch zu bestehen über die groben Umrisse des politischen Sozialisationsprozesses, d. h. des Vorganges, durch welchen die Mitglieder eines politischen Systems selektiv die relevanten politischen Einstellungen, Werte, Normen, Kenntnisse und Informationen erlangen, mit Hilfe derer sie sich in der politischen Welt zurechtfinden. Die politische Sozialisation kann man nicht mehr auf die Kindheit oder auch das Heranwachsen einer Person beschränkt betrachten, sondern man muss sie als einen lebenslangen Vorgang ansehen, obwohl für viele Personen in der Tat die Kindheit die entscheidende Periode ist: „The experiences and developments that contribute most to the acquisition of political orientations are concentrated in the early years." [12] Genau wie die Sozialisation über verschiedene *Etappen* im Leben einer Person erfolgt, so ist darin eine Reihe verschiedener *Urheber* (agents) verwickelt. Man

7 Fiellin, *a.a.O.*, S. 287.
8 Heinz Eulau et al., „The Political Socialization of American State Legislators", *Midwest Journal of Political Science* Bd. 3 (1959), S. 188.
9 Richard E. Dawson/Kenneth Prewitt, *Political Socialization*, Boston 1969, S. VIII.
10 Für eine kurze aber hilfreiche Zusammenfassung dieser Ergebnisse, siehe Allan Kornberg, *Canadian Legislative Behavior*, New York 1967, S. 49–50.
11 Dawson/Prewitt, *a.a.O.*, S. IX.
12 Dawson/Prewitt, *a.a.O.*, S. 43; siehe auch das ganze Kapitel 4.

unterscheidet vor allem Primärgruppen (Familie, Gruppen seinesgleichen), deren Beziehungen äusserst persönlich und relativ unstrukturiert sind und die nur marginal damit beschäftigt sein mögen, politische Ansichten zu übermitteln, und Sekundärinstitutionen, die stärker strukturiert, formeller und unpersönlicher sind und ihren Mitgliedern oft zielbewusst politische Normen einflössen (Parteien, Gewerkschaften, Schulen).[13] In den meisten Gesellschaften erfolgt die Sozialisation durch eine komplexe Mischung von primären und sekundären Urhebern. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen Zeit und Urheber der politischen Sozialisation. Beispielsweise darf man ruhig annehmen, dass die Sozialisation in einem frühen Alter vor allem durch die Familie geschieht. Deshalb muss man in jeder Gesellschaft viele Muster der politischen Sozialisation finden können, d. h. wechselnde Kombinationen verschiedener Sozialisierungsperioden und -urheber. Würde man diese Kombinationen klassifizieren, miteinander verbinden und mit den unterschiedlichen Auswirkungen für die „Leistung" politischer Systeme in Verbindung setzen, so hätte man eine Theorie der politischen Sozialisation. Es ist offenkundig, dass wir eine solche Theorie noch nicht besitzen.[14]

Die vorliegende Arbeit untersucht die politische Sozialisation der Basler und New Yorker Parlamentarier in einem beschränkten Sinne. Ein Teil des Interviews mit den Parlamentariern suchte deren *Erinnerung* daran zu ermitteln, wie sie an der Politik *interessiert* wurden, wie sie zuerst in die Politik *eintraten,* wie sie für die Legislative rekrutiert wurden, und wie stark das *politische Engagement* ihrer Familien war, als sie heranwuchsen. Zwei Einschränkungen sind hier deshalb am Platz. Erstens ist die Aktivierung des politischen *Interesses* bloss *ein* Aspekt des komplexen Sozialisationsprozesses. Und zweitens sind die Daten subjektive *Erinnerungen* an Ereignisse, die mehrere Jahrzehnte, in einigen Fällen ein halbes Jahrhundert, zurückliegen. Etwas Zurückhaltung ist daher bestimmt angebracht, bevor man zu viele Folgerungen aus den folgenden Forschungsergebnissen zieht und ihnen eine zu grosse Allgemeingültigkeit beimisst.

III. Zeitpunkt der Sozialisation

Die Daten der Tabelle 1 bestätigen die Ansicht von Wahlke et al., dass „politicians may be affected by exposure to the political environment at an earlier stage of personal development than the average citizen, at least as recalled by themselves."[15]

Die Ergebnisse für New York enthüllen ein ähnliches Muster wie jenes, das Wahlke und seine Mitarbeiter in vier amerikanischen Einzelstaatsparlamenten feststellten, doch deuten sie konsequent darauf hin, dass Politik für die Assem-

13 Dawson/Prewitt, *a.a.O.*, S. 99; siehe auch das ganze Kapitel 3.
14 Für eine Diskussion dieser Probleme und einige Hypothesen über mögliche Verbindungen, siehe Dawson/Prewitt, *a. a. O., S.* S. 201–208.
15 Wahlke et al., *a.a.O.*, S. 80–81; ihre Tabelle findet sich auf S. 81.

blymen sogar noch in einem jüngeren Alter bedeutungsvoll wurde. Die Daten für Basel (siehe Tabelle 1) lassen ein noch grösseres Ausmass früher politischer Sozialisation erkennen (im besagten Sinne der Erinnerung daran, wann ein politisches Interesse zuerst geweckt wurde) als in New York. 54 Prozent der Grossräte nannten ihre Kindheit, 23 Prozent ihr Jünglingsalter und 13 Prozent ihre Studienzeit oder eine entsprechende Periode. Die 54 Prozent liegen beträchtlich über den 42 Prozent für die Assemblymen, was darauf hindeutet, dass die Kindheit für die Basler Parlamentarier eine noch wichtigere Sozialisationsperiode ist als für die New Yorker. In den späteren Sozialisationsperioden gleicht sich die Differenz dann fast aus. Neun von zehn Grossräten, aber nicht ganz neun von zehn Assemblymen hatten am Ende ihrer Universitätszeit oder dem entsprechenden Zeitpunkt ein politisches Interesse entwickelt.

Da, wie wir noch sehen werden, die Assemblymen mehr als die Grossräte dazu tendieren, Politik als Beruf aufzufassen, muss man wohl die Hypothese, dass frühere politische Sozialisation mit grösserem „Berufspolitikertum" verknüpft sei, fallen lassen. Merkmale der politischen Kultur dürften eine plausiblere Erklärung für die festgestellten Unterschiede anbieten. Im politischen System Basels wird die Wählerschaft oft und regelmässig zu den Urnen gerufen. Es weist ein Vierparteiensystem auf, dessen ideologische Unterschiede und Intensität in der Vorkriegszeit, als die meisten Grossräte ein Interesse an der Politik entwickelten, ausgeprägt waren. Schliesslich ist es sowohl Frankreich wie Deutschland benachbart, deren turbulente Politik der zwanziger- und dreissiger Jahre auf viele der zukünftigen Grossräte (wie Tabelle 2 aufzeigen wird) einen tiefen Eindruck machte. All dies mag zusammen bewirkt haben, dass Politik für die Basler Parlamentarier in einem jüngeren Alter Bedeutung annahm als für die New Yorker Gesetzgeber.

IV. Urheber der Sozialisation

Analytisch muss man die Quellen für das politische Interesse einer Person und die Zeit, da sie dieses erwarb, auseinanderhalten, obwohl es eine plausible Annahme ist, dass zwischen gewissen Quellen und bestimmten Zeiträumen ein enger Zusammenhang besteht.

Tabelle 2 offenbart einige Ähnlichkeiten zwischen Assemblymen und Grossräten in bezug auf die Urheber der politischen Sozialisation. Ungefähr die Hälfte beider Gruppen nannte Primärgruppen, und etwa ein Fünftel persönliche Neigungen als Quellen für ihr politisches Interesse. Die einzige Primärgruppe, die die Grossräte angaben, war die Familie, und 45 Prozent dieser Familien waren politisch aktiv, während ein Assemblyman eine andere Primärgruppe als die Familie nannte, nämlich politisch aktive Freunde, doch hatten 63 Prozent der Assemblymen, die ihre Familie anführten, politisch aktive Familien.

Diese Daten bestätigen Dawsons und Prewitts Feststellung, dass „parent-child relationships ... influence the development of political interest and partici-

pation." [16] Während eine ähnliche Anzahl von Grossräten und Assemblymen persönliche Neigungen als Hauptquelle ihres politischen Interesses anführte (siehe Tabelle 2), waren diese Neigungen von unterschiedlicher Art. Da wir es hier mit einer numerisch kleinen Gruppe zu tun haben, müssen wir etwas Vorsicht walten lassen. Die Hälfte dieser Gruppe von Assemblymen gab an, aus Empörung politisch entflammt worden zu sein, wie der folgende Kommentar enthüllt: „In 19 . ., the Republican Committeemen looked for an attractive candidate. I had never been interested in politics but was a registered Republican. However, I was refused attendance at the Republican nominating meeting, wich made me hopping mad. Ever since I have been interested in politics."

Die meisten der anderen Assemblymen dieser Gruppe erwähnten ein gewisses Pflichtgefühl als Hauptquelle ihres politischen Interesses. Im Gegensatz dazu sagten zwei Drittel der Grossräte in dieser Kategorie aus, sie seien immer oder sehr lange an der Politik interessiert gewesen, und erwähnten in diesem Zusammenhang, sie hätten schon in einem frühen Alter angefangen, regelmässig Zeitung zu lesen. Der Rest der Grossräte dieser Gruppe gab entweder ein gewisses Pflichtgefühl oder Empörung über ein bestimmtes politisches Ereignis an.

Eine Analyse der Tabelle 2 offenbart aber auch einige bedeutsame Unterschiede zwischen Assemblymen und Grossräten. Die Hälfte der Assemblymen erklärte, dass eine Mitwirkung an „bürgerlichen"(civic) oder politischen Vereinigungen oder Aktivitäten ihr politisches Interesse geweckt habe, gegenüber nur 28 Prozent der Grossräte. Dies mag darauf hindeuten, dass eine Mitwirkung in Sekundärgruppen – von der Dawson und Prewitt gesagt haben, sie sei „associated positively with higher levels of political interest, involvement, participation, and with greater sense of political efficacy" [17] – im schweizerischen politischen Kontext weniger wichtig ist für die Stimulierung des politischen Interesses als im amerikanischen Rahmen. [18]

Aber nicht nur die *Anzahl* der Basler und New Yorker Parlamentarier in dieser Kategorie ist unterschiedlich, auch die *Arten* der Mitwirkung variieren beträchtlich. 38 Prozent der Assemblymen in dieser Gruppe erinnerten sich, dass ihr politisches Interesse mit ihrer Teilnahme an einer *Wahlkampagne* begann. Kein einziger Grossrat erwähnte dies. Dies legt die Hypothese nahe, dass Wahlkampagnen in einem System mit Proporz und vielen Parteien im allgemeinen die aktive Mitwirkung der Leute viel weniger auslösen (und, wie wir sehen werden, auch viel weniger als Katalysatoren für die Aktivierung des politischen Interesses wirken) als Wahlkampagnen in Systemen mit Einerwahlkreisen, einfacher Mehrheit und zwei Parteien. In den USA sind es oft persönliche Organisationen der Kandidaten, nicht die regulären Parteiorganisationen, die den Wahlfeldzug auf allen Ebenen durchführen. Folglich ist der Bedarf für Freiwillige gross. In der Schweiz organisieren vor allem die regulären Parteiorganisationen die Wahl-

16 Dawson, *a. a. O.*, S. 115.
17 Dawson/Prewitt, *a.a.O.*, S. 188.
18 In dieser Beziehung bestätigen die Daten dieser Arbeit für New York die Ergebnisse der Wahlke-Untersuchung; siehe Wahlke et al., *a.a.O.*, S. 79.

kampagnen, und der einzelne Kandidat, der in der Regel auf einer *Parteiliste* fungiert, verfügt für gewöhnlich nicht über eine beträchtliche persönliche Wahlorganisation. Diese Argumentation wird auch dadurch unterstützt, dass 55 Prozent der Grossräte, die „Mitwirkung" als Hauptquelle für ihr politisches Interesse nannten, auf Mitwirkung in einer politischen Partei verwiesen – meistens deren Jugendorganisation – dass aber nur 14 Prozent dieser Gruppe von Assemblymen sagten, Mitwirkung bei den „Jungen Demokraten" oder „Jungen Republikanern" oder in einer Partei hätte ihr Interesse an der Politik geweckt. Dies weist auf die verschiedene Bedeutung der Parteizugehörigkeit in den beiden Ländern hin.

Ausserdem scheint auch die Schule in New York eine wichtigere Quelle für politisches Interesse zu sein als in Basel, gleich ob es sich um Schulunterricht, „Schulpolitik" (Wahlen in Schülerselbstverwaltungsgremien) oder die typisch amerikanische Form der kontradiktorischen Schuldebatten handelt (und sowohl auf der Mittelschul- wie Universitätsebene). Trotz der numerischen kleinen Anzahl in dieser Gruppe bestätigt dieser „Fund" die Feststellung von Dogan und Rose, dass politisch „in most European societies, schools do not play as important a part in shaping the young as they do in American society." [19]

Tabelle 2 enthüllt noch eine andere bedeutsame Differenz zwischen den New Yorker und Basler Gesetzgebern. Nur 30 Prozent der Assemblymen gegenüber 54 Prozent der Grossräte bezeichneten irgendein *Ereignis* als Hauptquelle ihres politischen Interesses. Auf den ersten Blick scheint es dafür keine Erklärung zu geben. Wenn man jedoch untersucht, welche Ereignisse die Parlamentarier erwähnten, so bringt man etwas Klarheit in dieses Problem. Für acht der dreizehn so klassifizierten Assemblymen (=62 %) war das entscheidende Ereignis eine Wahlkampagne, doch für keinen einzigen Grossrat. Dies scheint unsere weiter oben geäusserte Vermutung über die verschiedene Bedeutung von Wahlkampagnen für die politische Sozialisation in den beiden politischen Systemen zu bekräftigen. Kampagnen und Wahlen im amerikanischen System tendieren dazu, persönliche Auseinandersetzungen zwischen gewöhnlich zwei leicht identifizierbaren Individuen zu sein, deren „Kampf" sich den Leuten nachhaltig einprägt. Im Gegensatz dazu scheinen Wahlen mit mehreren Parteien, dem Listensystem (wenn auch in Basel durch Kumulieren und Panaschieren aufgelockert) und Proporz dieses persönliche, stark stimulierende Element weniger aufzuweisen. Sie scheinen den politisch bisher Unbeteiligten kaum dauerhaft in die Politik „einzuweihen".

Welche Ereignisse erweckten nun das politische Interesse von 54 Prozent der ganzen Gruppe von Grossräten? 81 Prozent dieser so kategorisierten Grossräte nannten die Depression, die Naziherrschaft in Deutschland und/oder den „Krieg" (Zweiten Weltkrieg). Nur zwei Assemblymen erwähnten diese Ereignisse. Warum wohl diese enorme Differenz? Am besten ist es, das Problem in

19 Mattei Dogan/Richard Rose, „Political Socialization", in: *European Politics,* ed. by Mattei Dogan/Richard Rose, Boston 1971, S. 100.

seinem historischen Zusammenhang zu betrachten. 51 Prozent der Grossräte gegenüber nur 23 Prozent der Assemblymen standen im Alter von 41 bis 50 Jahren. Die Depression, die Naziherrschaft und der Krieg waren aber alles Ereignisse, die sich etwa vor vierzig bis fünfundzwanzig Jahren abspielten, d. h. als diese Grossräte etwa 10 bis 20 Jahre alt waren, ein Alter, da solche Geschehnisse sich ihnen wohl am nachhaltigsten einprägten, da sie alt genug waren, von ihnen Kenntnis zu nehmen und jung genug, politisch noch nicht von anderen Quellen aufgeweckt worden zu sein. Und tatsächlich machen die einundvierzig- bis fünfzigjährigen Grossräte zwei Drittel der Gruppe aus, die diese Ereignisse als die Hauptursachen ihres politischen Interesses bezeichnete. Auch die Grossräte des übrigen Drittels – mit Ausnahme eines einzigen Grossrats – war zwischen 10 und 20 Jahre alt, als sich das für sie entscheidende Geschehen ereignete, obschon sie bei der Befragung entweder jünger als 40 oder älter als 50 waren.

Somit kann man also den diesbezüglichen Unterschied zwischen Grossräten und Assemblymen mit der verschiedenen Altersschichtung in den beiden Parlamenten erklären. Es gibt einfach mehr Grossräte in jener Altersschicht, die für jene Ereignisse am „anfälligsten" war. Doch dies ist nicht die ganze Erklärung. Denn selbst von jenen Assemblymen, die zwischen 41 und 50 Jahre alt waren, nannte kein einziger die Depression, die Naziherrschaft oder den Krieg als Quelle seines politischen Interesses (die beiden Assemblymen, die diese Ereignisse anführten, waren beiden zwischen 51 und 60 Jahre alt), während 55 Prozent der einundvierzig- bis fünfzigjährigen Grossräte dies taten. Das bedeutet, dass noch eine weitere Erklärung vonnöten ist. Die plausibelste scheint zu sein, dass die Grossräte diese Ereignisse, besonders die Naziherrschaft und das Heraufkommen des Krieges wegen der geographischen Nähe und den entsprechenden Auswirkungen viel unmittelbarer miterlebten als die Assemblymen. Ein Hinweis für die Richtigkeit dieser Vermutung mag der Umstand sein, dass die beiden einzigen Assemblymen in dieser Kategorie die Depression anführten, aber weder das Naziregime noch den Krieg. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, dass die damalige Situation die politische Geisteshaltung in der Schweiz aufs nachhaltigste beeinflusste. Die damaligen Ereignisse waren für die Schweizer zu einer Zeit, da die USA noch den Isolationismus praktizierten, ungleich einprägsamer. Der folgende Kommentar eines Grossrates untermalt dies: „Die Vorkriegszeit und der Krieg machten schon als Kind einen tiefen Eindruck auf mich. Ich war 13, als Hitler die Macht ergriff. Ich hatte damals ein Abonnement auf einer deutschen Jugendzeitschrift, die dann gleichgeschaltet wurde, worauf ich sie abbestellte."

Unsere Diskussion würde indessen darauf hinweisen, dass wir es hier mit einem einmaligen, von den damaligen Ereignissen bedingten Umstand zu tun haben, d. h. dass wir „normalerweise" die jetzt beobachtete grosse Differenz zwischen Grossräten und Assemblymen bezüglich des Einflusses von Ereignissen auf das politische Interesse nicht erwarten können. Der festgestellte Unterschied war die Folge einiger verheerender Geschehnisse, die sich seither für die Schweiz

nicht wieder in gleicher geographischer Nähe noch mit gleicher Intensität zugetragen haben. Unter „normalen" Umständen könnte man sogar erwarten, dass ein höherer Prozentsatz von Assemblymen als von Grossräten aussagte, ihr politisches Interesse sei zuerst von einem Ereignis geweckt worden, angesichts der Rolle, die Wahlkampagnen im amerikanischen System spielen.

Als Wahlke et al. feststellten, dass nur ein sehr kleiner Teil der von ihnen untersuchten Parlamentariern *ideologische* Gründe für den Beginn ihres Interesses an der Politik anführten, sahen sie darin eine Bestätigung für das pragmatische anstatt das ideologische Wesen der amerikanischen Politik und fügten hinzu: „One can only guess, of course, that in a European country where ideology is a more important component of political culture, a legislator would probably have taken this opportunity to justify his interest in politics by expressing political opinions or beliefs of an ideological sort." [20]

Die – zwar begrenzten – Daten dieser Untersuchung bekräftigen diese Vermutung nicht. Die Daten für New York bestätigen natürlich einfach den geringen Grad *bewusst* gehaltener und artikulierter ideologischer Überzeugungen in der amerikanischen Politik. Doch die Untersuchungsergebnisse für Basel indizieren nicht, dass Ideologie ein viel wichtigerer Faktor für das *Erwecken* des politischen Interesses in einem System – wie demjenigen von Basel – ist, das eine relativ hohe Anzahl von Parteien aufweist, die alle einmal auf Grund ideologischer Überzeugungen gegründet worden waren. 13 Prozent der Grossräte drückten sich in ideologischen Begriffen aus (2 % in New York), also nur geringfügig mehr als in New Jersey (10 %) und sogar weniger als in Kalifornien (16 %). [21] Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Ideologie in der Politik der fortgeschrittenen industrialisierten Demokratien ihre Wichtigkeit eingebüsst hat, wie dies von manchen, darunter besonders Lipset, behauptet worden ist. [22] Es wäre wohl genauer zu sagen, die *traditionellen* Ideologien hätten an Bedeutung verloren, wie etwa in der Schweiz, wo die wichtigsten Parteien aus ideologischen Auseinandersetzungen hervorgegangen sind, die heute weitgehend als beigelegt gelten müssen. Aus dieser Sicht würde das geringe ideologische Auftreten der Grossräte dieses allgemeine ideologische Abklingen widerspiegeln.

Doch wäre noch eine andere Erklärung möglich. Es könnte sein, dass man die ideologischen Überzeugungen einer Person nicht als die *Quelle* oder Antezedenzien ihres Interesses an der Politik ansehen darf, sondern als die *Folge,* als den Ausdruck eines solchen Interesses. Mit anderen Worten, Interesse an der Politik erzeugt und vertieft ideologische Überzeugungen, nicht umgekehrt. Ideologie würde dann eher ein Grund für den aktiven *Eintritt* in die Politik sein, aber nicht dafür, zuerst ein blosses *Interesse* an der Politik zu entwickeln. Diese Hypothese können wir, wenn auch nicht schlüssig, überprüfen. Man betrachtet allgemein die PdA als doktrinärste ideologische Partei der Schweiz. Wir können deshalb

20 Wahlke et al., *a.a.O.,* S. 94.
21 Für die Daten für New Jersey und Kalifornien, siehe Wahlke et al., *a.a.O.,* S. 79.
22 Seymour M. Lipset, *Political Man,* Garden City 1963, Kapitel 13.

annehmen, dass Ideologie noch eine relativ starke Triebkraft für die meisten Mitglieder der PdA ist. Doch keiner der drei befragten PdA-Grossräte (im ganzen waren es acht im Grossen Rat) erwähnte ideologische Ursachen für den Beginn eines politischen Interesses. Hingegen begründeten *alle drei* ihren Eintritt in die aktive Politik mit ausgesprochen ideologischen Argumenten. Obwohl die geringe Anzahl der Testpersonen keine festen Schlussfolgerungen zulässt, deutet dieser kleine Test doch an, dass die vorgeschlagene Erklärung richtig sein könnte. Das würde bedeuten, dass wir auf Grund des Einflusses – oder des mangelnden Einflusses – von Ideologie auf das Erwachen eines politischen Interesses nicht abschätzen können, ob und inwieweit ein Rückgang der Ideologie stattgefunden hat.

V. Politisches Familienmilieu

Wie die bisherigen Ergebnisse gezeigt haben, kann die politische „Erweckung" selbst aktiver Politiker wie Parlamentarier fast in jedem Alter und auf Grund verschiedener Quellen erfolgen. Andererseits enthüllten sie auch, dass etwa die Hälfte der Assemblymen wie der Grossräte politisch durch ihre Familien schon in einem frühen Alter sozialisiert wurden. Wir wollen nun das Ausmass des politischen Interesses und der Aktivität der Familien der Basler und New Yorker Parlamentarier untersuchen, als sie heranwuchsen.

40 Prozent der Assemblymen gegenüber 51 Prozent der Grossräte berichteten, dass ein oder mehrere Mitglieder ihrer Familie ein öffentliches oder ein Parteiamt innehatten. Dies schliesst jene Parlamentarier aus, die sagten, Verwandte übten *jetzt* solche Ämter aus. Es lässt sich also feststellen, dass beide Gruppen von Parlamentariern dazu tendieren, aus politisch aktiveren Familien zu stammen, als dies wohl für die Bevölkerung im allgemeinen der Fall ist, und dass diese Tendenz in Basel noch ausgeprägter als in New York ist.

Interessanterweise hatten 23 Prozent der Grossräte einen Verwandten im Basler Grossen Rat selber gehabt. Für 15 Prozent war dies ihr Vater gewesen. Demgegenüber hatten nur zwei Prozent der Assemblymen einen Verwandten in der Assembly gehabt. Mitgliedschaft im Parlament ist also für einige Familien in Basel stärker eine Familientradition als in New York. Zwei Faktoren sind wohl dafür verantwortlich. Erstens machen die viel geringere Grösse des Kantons Basel und die Absenz einer zweiten Kammer den Grossen Rat zu einer politischen Institution, die den Mittelpunkt der Kantonspolitik darstellt. Doch anders als der fünfköpfige Regierungsrat, mit dem er sich in diese Rolle teilt, ist der Grosse Rat gross genug, um einer relativ breiten Gruppe von Politikern die Mitwirkung zu gewähren. Der Grosse Rat stellt auch die zweithöchste Sprosse auf der kantonalen politischen Leiter dar, aus dessen Mitte sich gewöhnlich die Mitglieder der Exekutive rekrutieren. Es ist deshalb fast unvermeidlich, dass es jeden aktiven Politiker früher oder später zum Grossen Rat zieht. Und wo politische Aktivität von der Familie geerbt wird, wäre diese Tendenz, ein Mitglied des Grossen Rates zu werden, sowohl beim Vater wie beim Sohn zu beobachten. Doch nicht nur ist

diese Tendenz stärker in Basel als in New York, auch die *Gelegenheit* für einen Sohn (oder Neffen usw.), in die Fussstapfen seines Vaters, Onkels, usw. zu treten, ist grösser in Basel als in New York. Denn das Listensystem mit Panaschieren und Kumulieren erhöht die Chance eines Sohnes (oder anderen Verwandten) eines Grossrates, nominiert und sogar gewählt zu werden, denn die Parteien halten immer Ausschau nach einem zugkräftigen Kandidaten mit einem Namen, der beim Publikum eine gewisse Anziehungskraft besitzt und für die Parteiliste Zusatzstimmen einbringt oder die Wähler zumindest davon abhält, Namen aus anderen Listen einzuschreiben. Viele Grossräte sagten aus, dass sie gerade aus dem Grund, dass sie in gewissen Bevölkerungskreisen wohlbekannt waren, aufgestellt worden waren. Ein Verwandter eines einst populären Grossrates mit dem gleichen Namen ist für die Parteiliste deshalb ein Segen. Und gerade weil er oder sein Name wohlbekannt ist und deshalb Zusatzstimmen anzieht oder mehrmals eingetragen wird, hat er auch eine grössere Chance, gewählt zu werden.

Somit scheinen also die Grösse, die Struktur und die Rolle der Legislative sowie das Wahlsystem in Basel zusammen die hohe Anzahl von Grossräten zu bewirken, die einen Verwandten im Parlament hatte.

Tabellen 3 und 4 vergleichen zwei andere Aspekte des politischen Familienmilieus der Parlamentarier. Tabelle 3 offenbart, dass ein beträchtlich höherer Teil von Grossräten als von Assemblymen berichtete, dass zuhause viele politische Diskussionen stattgefunden hätten, als sie heranwuchsen. Ein etwas höherer Prozentsatz der Basler Parlamentarier als der Assemblymen sagte aus, ihr Vater sei politisch aktiv gewesen. Diese beiden Ergebnisse unterstreichen die bisher festgestellte Tendenz: die Gesetzgeber sowohl in New York als auch in Basel kommen in höherem Grade aus politisch aktiven Familien als dies vermutlich für die *Bevölkerung* in diesen beiden Systemen der Fall ist, doch ist diese Tendenz in Basel noch stärker als in New York.

Wenn man diese drei Aspekte des politischen Engagements der Familie in einem vereinfachten Index [23] vereinigt, ergibt sich das gleiche Muster (siehe Tabelle 5). Die Hälfte oder mehr beider Gruppen von Parlamentariern weisen ein Familienmilieu mit einem mässigen oder starken Grad politischer Aktivität auf, doch sind diese Tendenzen für die Grossräte ausgeprägter als für die Assemblymen. Für die Grossräte ist die Politik eher eine Familientradition als für die Assemblymen, etwas in das sie oft „hineingeboren" werden, und weniger eine Karriere, die sie vorsätzlich an einem bestimmten Zeitpunkt ihres Lebens wählen. 77 Prozent der Assemblymen gehörten zur gleichen Partei wie ihr Vater, 14 Prozent zu einer anderen Partei, und für 9 Prozent war dies nicht festzustellen (z. B. weil der Vater im Ausland aufgewachsen war oder früher starb usw.).

23 Der „Political Environment Index" wurde von Kornberg in dessen Untersuchung kanadischer Abgeordneter entworfen, siehe Kornberg, *a.a.O.*, S. 61, Anmerkung 42. Der Index fasst im wesentlichen die Informationen von Tabellen 3 und 4 sowie die Antworten der Befragten auf die Frage zusammen, ob ein Verwandter oder Familienangehöriger je ein Partei- oder öffentliches Amt innegehabt habe.

Schliesst man diese letzte Gruppe aus, ergibt sich, dass 85 Prozent der Assemblymen zur gleichen Partei wie ihr Vater gehörten. Diese Relation war bei den Grossräten nicht so stark. 69 Prozent waren Mitglieder der gleichen Partei wie ihr Vater, 26 Prozent einer anderen Partei, und für 5 Prozent war es nicht eruierbar. Schliesst man diese wieder aus, erhält man eine Zahl von 73 Prozent. Es ist zweifelhaft, ob man diesen Unterschied zwischen Assemblymen und Grossräten mit dem Zweiparteiensystem, resp. dem Mehrparteiensystem erklären kann. Abrams und Little fanden beispielsweise, dass in Grossbritannien mit einem Zweiparteiensystem sieben von zehn jungen politischen Aktivisten die gleiche Partei unterstützen wie ihr politisch aktivster Elternteil,[24] eine Zahl, die jener für die Grossräte in einem Mehrparteiensystem gleicht.

VI. Eintritt in die Politik

Interesse an der Politik zu haben, ist in den meisten Fällen eine Vorbedingung dafür, aktiv in die Politik einzugreifen. Nur wenige Parlamentarier (7 % in New York, 3 % in Basel, siehe Tabelle 1) entwickelten ein politisches Interesse erst, *nachdem* sie aktiv ins politische Leben eingetreten waren. Die Frage stellt sich somit, wer oder was die Gesetzgeber veranlasste, den Schritt von der geistigen Beteiligung an der Politik zum Einschlagen einer politischen Karriere zu machen. Ist dieser Schritt die natürliche Folge eines Interesses an der Politik, oder braucht es einen aussenstehenden Urheber, der den politisch Interessierten „across some political activity threshold" stösst, wie Milbrath, Kornberg und andere glauben?[25]

Tabelle 6 enthüllt, dass die Mehrheit sowohl der Assemblymen wie der Grossräte „Selbststarter" sind. Dies widerspricht den Feststellungen der oben erwähnten Autoren (Kornberg fand z. B., dass nur 23 Prozent der kanadischen Parlamentarier Selbststarter waren[26]). Ohne weitere diesbezügliche Daten ist eine Erklärung für diese Diskrepanz schwierig. Leider beschäftigte sich Wahlkes Untersuchung nicht mit dieser Frage, sondern nur mit dem Beginn der eigentlichen legislativen Karriere. Die Daten sowohl für New York wie für Basel weisen in die gleiche Richtung. Dies könnte entweder auf einer versteckten Befangenheit beruhen, mit der die Frage gestellt oder die Antworten kodifiziert wurden, oder man könnte es als unabhängig erbrachten empirischen Beleg dafür betrachten, dass das Konzept einer politischen „Reizschwelle" fragwürdig ist oder zumindest der weiteren Verfeinerung und Einschränkung bedarf.

24 Philip Abrams/Alan Little, „The Young Activist in British Politics", *British Journal of Sociology* Bd. 26 (1965), S. 330.

25 Das Zitat stammt von Kornberg, *a.a.O.*, S. 52; siehe auch Lester Milbrath, *Political Participation*, Chicago, 1965, S. 20–21 und Lewis Bowman/G. R. Boynton, „Recruitment Patterns among Local Party Officials", *American Political Science Review*, Bd. 60 (1965), S. 667–676.

26 Kornberg, *a.a.O.*, S. 52.

Tabelle 6 zeigt aber auch einige Unterschiede zwischen Assembly und Grossem Rat auf. Mehr Assemblymen als Grossräte starteten ihre eigene Karriere selber, was darauf hinweist, dass die Assemblymen zum grössten Teil aus Mitgliedern besteht, die die Politik vorsätzlich und aus eigener Initiative als Metier wählten (verschiedene Kommentare von Assemblymen, für die hier kein Platz ist, machten dies noch deutlicher). Auf den Grossen Rat trifft dies weniger zu. Dafür verdankten mehr Grossräte als Assemblymen den Beginn ihrer politischen Karriere einer politischen Partei, was andeutet, dass die Parteien in Basel relativ wichtiger für die *Rekrutierung* politischer Aktivisten zu sein scheinen als in New York. Tabelle 6 enthüllt ferner, dass 9 Prozent der Assemblymen, aber keiner der Grossräte, von Freunden oder Kollegen rekrutiert wurden, während 10 Prozent der Grossräte, aber kein Assemblymen, von einer Interessengruppe „angeworben" wurden. Dies könnte bedeuten, dass in New York Interessengruppen kaum politische Karrieren lancieren oder dass sie es zwar tun, dass es aber nicht für eine legitime Tätigkeit gehalten wird, die offen zugegeben werden könnte. Im Gegensatz dazu beschrieben mehrere Grossräte ihren Eintritt in die Politik als Folge ihrer Tätigkeit in einer Interessengruppe.

Die Frage, wer verantwortlich dafür ist, die politische Karriere eines Parlamentariers in Gang zu setzen, muss man von der Frage unterscheiden, auf welchem *Weg* oder durch welches Vehikel er (oder sie) in die Politik eintrat. Dies ist eine Frage nach den offiziellen und inoffiziellen *Strukturen,* durch die eine politisch ehrgeizige Person arbeiten muss, um ihre Karriereabsichten zu fördern, ungeachtet ob sie ein Selbststarter war oder nicht. Tabelle 7 offenbart, dass die politischen Parteien sowohl in New York wie in Basel die wichtigste Öffnung in die Politik darstellen. Dies würde anzeigen, dass Parteien – ob sie noch als „relevant" für die heutigen Probleme erscheinen oder nicht – noch immer bedeutsame Strukturen zur Förderung politischer Karrieren in demokratischen Regierungssystemen darstellen. Häufig begannen Assemblymen und Grossräte ihre politischen Karrieren sowohl in öffentlichen wie in Parteiämtern – wieder ein Hinweis darauf, dass die meisten Parlamentarier finden, sie brauchten die politische Basis, die eine Partei anbietet, um in der Politik erfolgreich zu sein.

Anderseits waren einige interessante Unterschiede zwischen Assemblymen und Grossräten festzustellen. Fast ein Viertel der Grossräte, aber nur 5 Prozent ihrer New Yorker Kollegen traten in die Politik durch eine Tätigkeit in einer Interessengruppe oder als Lobbyisten ein. Wieder scheint dies zu bedeuten, dass entweder Interessengruppen in Basel wichtiger sind als in New York für die Bestimmung politischer Karrieren, oder dass man in New York ihre Rolle in der Förderung politischer Karrieren nicht als legitim ansieht und deshalb verleugnet. Eine weitere Differenz zwischen New York und Basel – die aufzeigt, dass die Assemblymen in höherem Grade dazu tendieren, Berufspolitiker zu sein als die Grossräte – betrifft den Umstand, dass für nur 2 Prozent der Assemblymen, gegenüber mehr als einem Fünftel der Grossräte, ihr Eintritt in das Parlament auch zugleich ihren Eintritt in die Politik darstellte. Die Assemblymen benötig-

ten offensichtlich eine längere politische Vorbereitung oder Anlaufzeit für die Aufnahme ins Parlament als die Grossräte.

Mit Bezug auf andere Wahlämter oder auf öffentliche Positionen, zu denen man ernannt wird, als Zugänge zur Politik weisen Assemblymen und Grosser Rat grosse Ähnlichkeit auf.

VII. Parlamentarische Rekrutierung

Dass die Assembly – obwohl offiziell ein „Amateurparlament" – stärker den Charakter eines Berufsparlamentes aufweist als der Grosse Rat, unterstreicht der erwähnte Umstand, dass nur 2 Prozent der Assemblymen, aber 21 Prozent der Grossräte keine vorherige Erfahrung in einem öffentlichen oder Parteiamt gesammelt hatten. Crane hatte in einer Untersuchung des Niederösterreichischen Landtages gefunden, dass dort kein einziger Parlamentarier ohne vorparlamentarische politische Erfahrung gewesen war. [27] Die 21 Prozent in Basel mögen allerdings eine etwas irreführende Zahl sein, da die Hälfte dieser Grossräte schon Ämter in Gewerkschaften oder anderen Verbänden bekleidet hatte, die ihnen eine gewisse politische Erfahrung vermittelten, obschon sie vor Eintritt ins Parlament weder Parteiamt noch öffentliches Amt innegehabt hatten.

Sowohl Tabelle 8 wie Tabelle 9 bekräftigen, dass in der Assembly eine grössere Tendenz zum Berufspolitikertum besteht als im Grossen Rat. Interessanterweise war auch das Ausmass vorparlamentarischer politischer Erfahrung im Niederösterreichischen Landtag beträchtlich grösser als im Grossen Rat. Dieser Umstand und der vorhin erwähnte, dass für keinen der österreichischen Abgeordneten sein Sitz im Landtag sein erstes politisches Amt darstellte, könnten die verschiedenartigen Auswirkungen eines Proporz-Listensystems *mit* Kumulieren und Panaschieren (Basel) und eines solchen *ohne* diese Möglichkeiten (Niederösterreich) auf politische Karrieren und legislative Kandidaturen widerspiegeln.

Die Hypothese würde so lauten: In Niederösterreich bestimmen die Parteiführer, wer – und in welcher Reihenfolge – auf der Parteiliste aufgestellt wird. Der Wähler hat keine Gelegenheit, Namen auf der Liste zu streichen, andere beizufügen oder zu kumulieren. Er stimmt für die Parteiliste als solche, nicht für die einzelnen Kandidaten darauf. [28] Die Parteiführer brauchen sich deshalb wenig um die Beliebtheit oder Zugkraft der einzelnen Kandidaten auf der Liste zu kümmern, da diejenigen Wähler, die der Partei zuneigen, keine andere Wahl haben als ihre Stimme für die ganze Parteiliste abzugeben. Deshalb geht keine Stimme abhanden, weil etwa ein Wähler den Namen eines beliebten Kandidaten von einer anderen Liste der besagten Parteiliste beifügen oder darauf den Namen eines ihm nicht behagenden Kandidaten streichen würde. Die Parteiführer neigen

27 Wilder Crane, *Ein Vergleich zwischen österreichischen und amerikanischen Landtagsabgeordneten*, Wien. 1965, S. 8 und 14.
28 Wilder Crane, *The Legislature of Lower Austria*, London, 1961, S. 6–7.

somit dazu, als Belohnung und Krönung der politischen Karriere Leute aufzustellen, die lange treu der Partei in lokalen Stellungen gedient haben. Das höhere Alter der niederösterreichischen Abgeordneten könnte ein weiterer Hinweis für die Richtigkeit dieser Hypothese sein.[29] Die gegenteilige Tendenz scheint in einem System, wo Kumulieren und Panaschieren erlaubt sind, aufzutreten. Dort müssen die Parteiführer der Zugkraft der einzelnen Kandidaten auf der Liste Beachtung schenken und neigen daher mehr dazu, solche Personen aufzustellen, die sich auf anderen Gebieten als der Politik oder der Partei einen Namen gemacht haben, um für die Parteiliste Zusatzstimmen anzuziehen.[30] Der nicht berufsmässige politische Outsider hat deshalb eine grössere Chance, aufgestellt und auch gewählt zu werden. Die Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren – oder ihr Fehlen – scheint somit bestimmte Auswirkungen auf politische Karrieremuster und auf die Möglichkeit zu haben, eine politische Karriere auf den höheren Sprossen der Leiter anzufangen.

Tabellen 8 und 9 demonstrieren aber, dass trotz der Unterschiede zwischen den drei Parlamenten Kantons- (Einzelstaats-, Landes-) Parlamentarier im allgemeinen politisch erfahrene Personen sind, da zwei Drittel oder mehr der Abgeordneten vorher ein öffentliches oder ein Parteiamt ausgeübt hatten.

Der Prozentsatz der bürgerlichen Grossräte (25 %) *ohne* vorherige politische Erfahrung in Partei oder öffentlichen Ämtern lag beträchtlich über jenem der Linksparteien (SP, PdA; 8 %). Die Linksparteien in Basel scheinen also mehr als die bürgerlichen Parteien dazu zu neigen, politisch schon einigermassen erfahrene Personen für das Parlament aufzustellen.

Tabelle 10 gibt Auskunft darüber, *wie* Assemblymen und Grossräte zu Kandidaten wurden. Das Muster von Tabelle 10 (aber nicht die einzelnen Zahlen) gleicht jenem von Tabelle 6. Es ist wieder ersichtlich, dass mehr Assemblymen als Grossräte vorsätzlich ihre legislative Karriere starteten. Fast ein Drittel der Assemblymen gegenüber nicht einmal einem Zehntel der Grossräte bewirkten ihre Kandidaturen selber, unabhängig von einer anfänglichen Förderung durch eine politische Partei. Anderseits wurde eine Mehrheit beider Parlamentariergruppen unter der Schirmherrschaft einer Partei zu Kandidaten, wie man das erwarten konnte, da die Kandidaten ja eine Parteietiquette tragen. Das trifft auf zwei Drittel der Assemblymen zu, verglichen mit 87 Prozent der Grossräte. Diesen höheren Prozentsatz in Basel konnte man erstens wegen des dortigen Listensystems und zweitens wegen der Primärwahlen in New York erwarten, die es jemandem ermöglichen, Parteikandidat selbst gegen die Wünsche der Parteiführer zu werden. Das Listensystem scheint somit die Kontrolle der politischen Parteien über den Nominierungsprozess zu erhöhen, obschon diese auch im Einerwahlkreis-Mehrheitssystem beträchtlich ist.

29 Crane, *Ein Vergleich* . . . S. 6–7 und 14.

30 Für Daten über das Ausmass unveränderter Listenabgabe, des Panaschierens und des Kumulierens und der diesbezüglichen Parteiunterschiede, siehe *Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt,* Basel 1969, S. 170–171.

Ähnlich wie bei der Lancierung von politischen Karrieren spielten *Interessengruppen* in Basel auch in der Förderung von Parlamentskandidaturen eine gewisse Rolle, während dies in New York wieder nicht der Fall war (oder nicht zugestanden wurde).

Was veranlasste die Abgeordneten, sich um einen Parlamentssitz zu bewerben? Wenn es stimmt, dass mehr Assemblymen als Grossräte die Politik als einen Beruf gewählt zu haben scheinen, so müsste man erwarten, dass mehr Assemblymen die Antwort auf die Frage, warum sie kandidierten, in Beziehung zu ihrer eigenen Person setzen würden im Sinne einer Förderung ihrer eigenen politischen Karriere oder – da viele von ihnen Rechtsanwälte oder Versicherungsagenten waren – in dem Sinne, dass sie beruflich, materiell und politisch einen gewissen Gewinn für sich selbst erzielen könnten. Antworten, die auf die Förderung gewisser Ideologien oder politischer Programme hinausliefen, würde man dagegen weniger erwarten. In Basel hingegen, wo mehrere Parteien ein gewisses ideologisches Erbe tragen, versuchen müssen, sich voneinander durch ideologische Appelle oder politische Programme zu unterscheiden, und sehr darauf erpicht sind, Kandidaten mit der „richtigen" politischen Anziehungskraft für wichtige Wählergruppen auszuwählen, würde man eher erwarten, dass die Abgeordneten ihre Kandidatur mit programmatisch-politischen und/oder ideologischen Begriffen motivieren würden.

Im allgemeinen gibt Tabelle 11 diesen Erwartungen recht. Fast sechs von zehn Assemblymen gaben persönliche Prädisposition als Motiv für ihre Kandidatur an. Persönliche Neigung veranlasste natürlich auch eine Anzahl der Basler Parlamentarier (vier von zehn) zu ihrer Kandidatur. Dies ist bei allen Politikern zu erwarten. Doch geht es hier um die Frage der *relativen* Wichtigkeit. So gaben in Basel – wie erwartet – zwei Drittel der Grossräte programmatisch-politische oder ideologische Gründe an, verglichen mit nur 44 Prozent der Assemblymen. Aufgrund von Tabelle 11 könnte man zum Urteil gelangen, dass die Assemblymen mehr dazu tendieren, in der Politik einen Beruf zu betrachten, während die Grossräte in ihr eher einen Dienst an einer bestimmten Sache sehen.

VIII. Gegenwärtige Mitgliedschaft im Parlament

Da beide Parlamente zur Zeit der Befragung – aus verschiedenen und einmaligen Gründen – gerade durch eine Periode grossen Wechsels in der Mitgliedschaft gegangen waren, hat es kaum einen Zweck, die Länge der Mitgliedschaft im einzelnen zu vergleichen. Die mittlere Länge der Mitgliedschaft in beiden Legislativen betrug 5 Jahre.

Nur 14 Prozent der Assemblymen, verglichen mit 74 Prozent der Grossräte, hatten neben ihrem Parlamentssitz noch ein anderes öffentliches Amt inne. Man könnte diesen Umstand als einen weiteren Beweis dafür deuten, dass die Assemblymen mehr dazu neigen, ihre Position als eine Hauptbeschäftigung (was sie offiziell nicht ist) zu betrachten, die all ihre Energie in Anspruch nimmt oder

wenigstens jene Energie, die ihr Privatberuf übrig lässt. Doch dieser Unterschied zwischen Assemblymen und Grossräten spiegelt vielleicht auch einen Unterschied in der politischen Kultur der beiden Systeme wider. Die Gewalten- und Ämtertrennung ist ein festverwurzeltes politisches Prinzip in den USA, aber nicht in der Schweiz. In der Schweiz gibt es viele Politiker, die eine Position in der Exekutive (z. B. auf lokaler oder kantonaler Ebene) mit einem Parlamentssitz verbinden (auf kantonaler resp. Bundesebene) oder ein Richteramt mit einem parlamentarischen. So dienten denn auch 67 Prozent der Grossräte in Kommissionen oder öffentlichen Aufsichtsräten, zu denen sie der Regierungsrat oder der Grosse Rat selber ernannte. Ein paar waren auch Mitglieder einer Gemeindelegislative oder -exekutive.

Der Grad der *Befriedigung* schien in beiden Parlamenten hoch. Nur 7 Prozent der Assemblymen und 5 Prozent der Grossräte sagten, dass sie nicht im Sinne hätten, wieder zu kandidieren. 91 Prozent der Assemblymen strebten die Wiederwahl an, verglichen mit 67 Prozent der Grossräte. Diese Zahl wäre jedoch ohne Zweifel ungleich höher ausgefallen, wenn ein 1966 angenommener Verfassungszusatz nicht 21 Prozent der Grossräte daran gehindert hätte, wieder zu kandidieren, da sie dem Grossen Rat schon drei Amtsperioden angehört hatten. Von den fünf Assemblymen und Grossräten, die sich einer Wiederwahl nicht mehr stellen wollten, gab nur einer, ein Grossrat, seine Unzufriedenheit als Grund dafür an. Der Grad der Befriedigung scheint deshalb in beiden Legislaturen ähnlich hoch zu sein.

IV. Zukunftserwartungen

Wie Tabelle 12 enthüllt, besteht auch eine grosse Ähnlichkeit zwischen den beiden Parlamenten bezüglich der Aspiration der Parlamentarier auf andere Ämter. Beträchtlich mehr als die Hälfte beider Abgeordnetengruppen strebten danach, andere politische Ämter auszuüben. Dieser Anteil ist höher als der von Wahlke et al. in vier amerikanischen Einzelstaatsparlamenten eruierte (der ungefähr ein Drittel betrug).[31] Der Prozentsatz in Basel wäre in Wirklichkeit wohl noch höher, da einige der Grossrätinnen, die während des Interviews (April/Mai 1970) sagten, sie hätten wegen des Fehlens des aktiven und passiven Wahl- und Stimmrechtes der Frauen auf Bundesebene keine Hoffnung, in höhere Ämter aufsteigen zu können, heute wohl die Frage nach höheren politischen Aspirationen positiv beantworten würden.

36 Prozent der Assemblymen, die nach einem anderen Amte strebten, nannten den Senat von New York, 56 Prozent den Bundeskongress und 32 Prozent ein Amt in der New Yorker Exekutive (vom Motor Vehicle Commissioner bis zum Gouverneur). Diese Ergebnisse gleichen jenen für andere amerikanische Parlamente.[32] In Basel nannten 86 Prozent der Grossräte mit weiteren politi-

31 Wahlke et al., *a.a.O.*, S. 129–130.
32 Siehe Jewell/Patterson, *a.a.O.*, S. 117.

schen Aspirationen die Bundesversammlung. Diese Zahl liegt beträchtlich über dem Prozentsatz von 56 Prozent der Assemblymen, die auf einen Sitz im Kongress tendieren, doch bietet sich eine plausible Erklärung an. Erstens gibt es in Basel keinen Senat. Deshalb muss jeder Grossrat, der nach einem höheren *legislativen* Amt trachtet, notgedrungen das Bundesparlament wählen. Zweitens ist es für manche Grossräte wegen des Listensystems eine Selbstverständlichkeit, sich als Nationalrat aufstellen zu lassen. Sie haben zwar keine grosse Aussicht, gewählt zu werden, doch werden sie für gewöhnlich dennoch aufgestellt, weil die Parteiliste vollständig sein muss und weil ihr Name vielleicht auch noch ein paar Zusatzstimmen anziehen könnte, die somit der Liste und den Spitzenkandidaten helfen würden. Eine Anzahl von Grossräten in der Testgruppe hatte schon mehrere Male für den Nationalrat kandidiert und sprach die Erwartungen aus, dies auch künftig zu tun. Schliesslich strebten 32 Prozent der Grossräte mit höheren politischen Ambitionen einen Sitz in der Exekutive an, was dem Prozentsatz unter den Assemblymen vergleichbar ist. Beide Gruppen von Parlamentariern sehen also im Grunde die gleichen Routen offen für den politischen Aufstieg. Richterliche Ämter nannte nur ein sehr kleiner Prozentsatz unter beiden Abgeordnetengruppen, und ein Assemblyman trachtete nach einem Amt in der Bundesregierung. Die Exekutive des Einzelstaates bzw. des Kantons sowie das nationale Parlament (und im Falle der Assemblymen der Staatssenat) scheinen also die beiden höheren Sprossen der politischen Karriereleiter zu sein, nach denen die meisten der Basler und New Yorker Gesetzgeber streben.

Wie aus Tabelle 13 hervorgeht, gleichen die Motive der beiden Parlamentariergruppen für ihre höheren politischen Aspirationen im wesentlichen ihren oben dargestellten Motiven, sich um einen Parlamentssitz zu bewerben (siehe Tabelle 11). Den grössten Teil der Assemblymen bewegten persönliche Prädispositionen. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Assemblymen dazu neigen, Politik als einen Beruf zu verfolgen, als eine professionelle oder semiprofessionelle Karriere. Anderseits motivierten den grössten Teil der Grossräte programmatisch-politische Erwägungen und den zweitgrössten Teil ideologische Gründe – eine weitere Bestätigung dafür, dass die meisten Grossräte die Politik als Dienst an einer Sache betrachten, d. h. als öffentliche Tätigkeit um gewisser Anliegen willen, aber nicht als eine Karriere, die ihre eigene berufliche Karriere ersetzen würde oder ihr gleichgestellt wäre. Die meisten Assemblymen scheinen in der Politik um ihrer selbst willen zu sein, während – ihrem Selbstverständnis gemäss – die meisten Grossräte politisch aktiv wurden, um andere Anliegen (interessenmässige, ideologische, programmatische) zu vertreten, wobei natürlich ein unvermeidbares persönliches Element nicht zu übersehen ist, ohne welches sie nie in die Politik eingetreten wären. Überspitzt könnte man sagen, dass für die meisten Assemblymen Politik eher einen Selbstzweck, für die meisten Grossräte dagegen eher ein Mittel zu verschiedenen Zwecken darstellt. Es steht zu erwarten, dass diese tendenziell kontrastierenden Auffassungen die Ziele und den Arbeitsstil der beiden Parlamentariergruppen beeinflussen.

Doch trotz dem Umstand, dass die Assemblymen eher karriereorientiert sind, lässt Tabelle 14 erkennen, dass die Grossräte ihre zukünftige politische Karriere gründlicher planen. Freilich scheint diese Tatsache die Feststellung, dass Assemblymen mehr auf eine Karriere ausgerichtet sind, nicht zu widerlegen, sondern muss als eine Folge der zwei verschiedenen Wahlsysteme angesehen werden. Die meisten Grossräte mit höheren politischen Aspirationen – besonders für das nationale Parlament – wissen, dass man sie auf die Parteiliste setzen wird und sie somit Nationalratskandidaten werden, obgleich die Wahrscheinlichkeit, dass sie gewählt werden, ziemlich gering ist. Sie können somit aber zuversichtlich und richtig voraussagen, dass sie sich um ein Amt auf Bundesebene bewerben werden.

Die Lage der Assemblymen dagegen ist voller Imponderabilien. Ausser wenn der Kongressitz in dem Wahlbezirk, in dem der Abgeordnete wohnt, frei wird und/oder ausser wenn seine Partei ihn als Kandidaten aufstellt oder er die Primärwahlen gewinnt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass er sich für den Kongress bewerben kann, sehr gering. Und während der Grossrat keine Angst um seinen Sitz im Grossen Rat zu haben braucht, wenn er für den Nationalrat kandidiert, muss der Assemblyman im gegebenen Fall zwischen seinem relativ sicheren Sitz in der Assembly und der Ungewissheit wählen, einen Kongressitz zu erringen, im sicheren Wissen jedoch, dass er vom ersten Augenblick seiner Kongresskandidatur an seinen Sitz in der Assembly verliert, ob er schliesslich die Kongresswahlen gewinnt oder nicht. Deshalb kann der Assemblyman in der Regel viel weniger zuversichtlich vorausplanen.

X. Zusammenfassung

Diese Arbeit verglich die Sozialisations- und Karrieremuster von Basler und New Yorker Parlamentariern. Wo Unterschiede festgestellt werden konnten, waren diese im allgemeinen auf drei Faktoren zurückzuführen: Erstens auf die verschiedenen strukturellen Bedingungen eines Systems mit Einerwahlkreisen und einfacher Mehrheit und eines Proporz-Listensystems; zweitens auf die unterschiedliche Zahl und das verschiedene Wesen der Parteien in den beiden politischen Systemen; und drittens auf die Tatsache, dass die meisten Assemblymen dazu tendierten, die Politik als eine professionelle oder semiprofessionelle Karriere zu betreiben – wie das in der hohen Zahl von Motiven zum Ausdruck kam, die auf die eigene Person ausgerichtet waren – während für die meisten Grossräte Politik eher Dienst oder Verpflichtung darstellte, d. h. öffentliche Tätigkeit im Dienste gewisser Anliegen oder Interessen. Beide Gruppen von Abgeordneten erfuhren eine relativ frühe politische Sozialisation. Für etwa die Hälfte beider Parlamentariergruppen war die Familie der wichtigste Urheber der politischen Sozialisation. Assemblymen und Grossräte unterschieden sich jedoch in bezug auf politische und „bürgerliche" Mitwirkung, Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Jugendorganisationen und politische Ereignisse als entscheidende Urheber politischer Sozialisation. Eine relativ grosse Anzahl sowohl von

Assemblymen wie von Grossräten stammte aus politisch aktiven Familien, und fast ein Viertel der Grossräte hatte einen Verwandten oder Familienangehörigen im Grossen Rat gehabt. Die Daten schienen aufzuzeigen, dass die Politik für die Grossräte stärker eine Familientradition ist als für die Assemblymen.

Eine Mehrheit sowohl der Assemblymen wie der Grossräte vollzog den Eintritt in die aktive Politik aus eigenem Antrieb, doch im Listensystem von Basel war die politische Rekrutierung durch eine Partei verhältnismässig wichtiger als in New York. Die Parteien waren in beiden Systemen die relativ bedeutsamsten Organisationen, um in die Politik einzutreten, während Interessengruppen in dieser Hinsicht in Basel eine nicht unwesentliche, in New York hingegen keine (oder keine eingestandene) Rolle spielten. Der Grad vorparlamentarischer politischer Erfahrung war höher in der Assembly, während die Kontrolle der Parteien über Kandidaturen in Basel relativ ausgeprägter war, wiewohl sie in beiden Systemen beträchtlich war.

Die Meinung ist oft zu hören, dass eine erfolgreiche Legislative Mitglieder mit „Vermittler- und Maklergeschick" brauche, das in den amerikanischen Parlamenten die vielen Advokaten und Versicherungsagenten, die gewöhnlich in hoher Zahl anzutreffen sind, besässen. [33] In europäischen Parlamenten, wo Advokaten im allgemeinen eine relativ weniger prominente Rolle spielen, soll dieses Vermittlungsgeschick von der relativ hohen Anzahl von Abgeordneten mit ausgedehnter vorparlamentarischer Erfahrung in Partei-, Verbands- und/oder Gemeinde- oder Bezirksämtern an den Tag gelegt werden. [34] Dies würde auf den Grossen Rat zutreffen, obwohl ein Fünftel der Grossräte keine vorparlamentarische politische Erfahrung aufwies. Doch war eine Anzahl von diesen in Interessengruppen aktiv gewesen.

33 Siehe Heinz Eulau/John D. Sprague, *Lawyers in American Politics*, Indianapolis, 1965.
34 Siehe zum Beispiel Crane, *a.a.O.*, S. 9–10.

Tabelle 1: Zeitpunkt des frühesten politischen Interesses in der Erinnerung der Gesetzgeber (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Kindheit oder Primarschulzeit	42	54
Mittelschulzeit	26	23
Hochschulzeit oder entsprechende Periode	19	13
Nachhochschulzeit oder entsprechende Periode	7	8
Beim Eintritt in die Politik	7	3

Tabelle 2: Hauptquellen des politischen Interesses (in Prozenten) [1]

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Primärgruppen	44	51
Politische oder „bürgerliche" Mitwirkung	49	28
Bestimmte Ereignisse oder Zustände	30	54
Persönliche Prädispositionen	19	23
Sozio-ökonomische Überzeugungen	2	13

[1] Gesamtsummen mehr als 100 % wegen mehrfacher Antworten

Tabelle 3: Politische Diskussionen daheim (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Keine Diskussionen	26	13
Einige Diskussionen	37	31
Viele Diskussionen	37	56

Tabelle 4: Ausmass der politischen Aktivität des Vaters (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Vater politisch aktiv	35	41
Hatte Amt inne	(23)	(26)
Hatte kein Amt inne	(12)	(15)
Vater politisch nicht aktiv	65	59

Tabelle 5: Position auf dem „Index des politischen Milieus" (Political Environment Index) (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Sehr starkes politisches Milieu	23	31
Mässig starkes politisches Milieu	23	28
Unpolitisches Milieu	53	41

Tabelle 6: Beginn der politischen Karriere: Startförderung (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Selbststarter	72	59
Geworben von Partei	19	31
Geworben von Freunden und Bekannten (die nicht in Partei)	9	–
Geworben von Interessengruppen	–	10

Tabelle 7: Zugang zur Politik (in Prozenten) [1]

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Interessengruppe oder Lobby	5	23
Partei oder Wahlkampforganisation	70	67
Wahlamt (aber nicht Parlamentssitz)	23	21
Einzelstaats- oder Kantonsparlament	2	21
Amt (zu dem man ernannt wird)	14	13

[1] Gesamtsummen mehr als 100 % wegen mehrfacher Antworten

Tabelle 8: Vorparlamentarisches öffentliches Amt (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)	Niederösterreich Landtag[1] (N = 52)
Keine vorherige politische Erfahrung	23	31	11
Kommunale oder kommunale und kantonale Erfahrung	70	69	85
Kantonale oder kantonale und Bundes- oder nur Bundeserfahrung	7	–	4

[1] Quelle: Crane, Ein Vergleich ..., a.a.O., S. 15

Tabelle 9: Vorparlamentarisches Parteiamt (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)	Niederöstereich. Landtag[1] (N = 52)
Kein vorheriges Parteiamt oder keine Parteiarbeit	9	44	32
Lokale Partei oder lokale und kantonale Partei oder lokale und nationale Partei	91	56	64
Nur nationale Partei	–	–	4

[1] Quelle: Crane, Ein Vergleich..., a.a.O., S. 15

Tabelle 10: Förderung der Parlamentskandidatur (in Prozenten) [1]

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Selbstbewirkt	30	8
Von Partei bewirkt	23	49
Selbst- und von Partei bewirkt (wenn von Partei unterstützt)	44	38
Von Freunden, Bekannten oder Familie bewirkt	5	–
Von Interessengruppe bewirkt	–	13

[1] Gesamtsumme mehr als 100% wegen mehrfacher Antworten

Tabelle 11: Motive für Kandidatur (in Prozenten) [1]

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Weil gefragt wurde (ohne Motiv)	11	21
Dienst an einer Politik	35	41
Ideologie	9	26
Persönliche Prädispositionen (Ehrgeiz, Unzufriedenheit, Gewinn, usw.)	58	41

[1] Gesamtsummen mehr als 100 % wegen mehrfacher Antworten

Tabelle 12: Aspiration auf höheres Amt (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 43)	Basler Grosse Rat (N = 39)
Ja	58	56
Nein	40	41
Weiss nicht, vielleicht	2	3

Tabelle 13: Motive für Streben nach höherem Amt (in Prozenten) [1]

	New York Assembly (N = 25)	Basler Grosse Rat (N = 22)
Dienst an einer Politik	44	65
Ideologie	20	36
Persönliche Prädispositionen (Ehrgeiz, Unzufriedenheit, Gewinn, usw.)	68	27
Nicht erwähnt	8	5

[1] Gesamtsumme mehr als 100% wegen mehrfacher Antworten

Tabelle 14: Vorausplanen der politischen Zukunft (in Prozenten)

	New York Assembly (N = 25)	Basler Grosse Rat (N = 22)
Bewusstes Vorausplanen	8	77
Warten bis sich Gelegenheit entwicklet	16	14
Kobination von Planen und Warten auf Gelegenheit	40	9
Nicht erwähnt	36	–